

SCHWEIZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

**Liberale Gleichstellung im Fokus**

Individualbesteuerung und BVG-Reform als Schlüssel zu mehr Chancengleichheit

Mit der Individualbesteuerung und der BVG-Reform geht die FDP zwei entscheidende Schritte zur Förderung der Gleichstellung von Frauen. Diese umfassenden Massnahmen stärken nicht nur die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen, sondern sorgen auch für gerechtere Renten. Durch die Einführung der Individualbesteuerung schaffen wir eine faire Grundlage für alle Steuerzahler, unabhängig vom Zivilstand, und fördern gleichzeitig die Erwerbstätigkeit von Frauen. «Die BVG-Reform sorgt für bessere Absicherung im Alter und schliesst Rentenlücken für Teilzeitarbeitende, von denen viele Frauen sind. So geht liberale Gleichstellung.



FDP am Puls der Zeit

Bildungsdebatte, Wahlsiege,
politische Weichenstellungen

Liebe Freisinnige

Dieser Tage bereitet es mir besondere Freude, ein Freisinniger zu sein! Erstens hat unser Bildungspapier mit den 17 Forderungen ein gewaltiges Echo ausgelöst und endlich die notwendigen Diskussionen zu den Fehlentwicklungen in der Volksschule ausgelöst. Empört waren nur ein paar Linke, was heisst, dass wir richtig liegen. Jetzt müssen wir aber dranbleiben und das Thema weiter besetzen. Gefordert sind dazu auch die Kantonalparteien. Zweitens wurde am 18. August im Kanton Schaffhausen unser bisheriger Regierungsrat Martin Kessler mit dem besten Resultat wiedergewählt. Dazu haben wir der SP mit der Neuwahl von Marco Montanari einen Sitz abgelncht. Danke FDP Schaffhausen – bien fait! Und herzliche Gratulation.

Am 22. September stimmen wir ab über die extreme Biodiversitätsinitiative. Ebenso haben die Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Bekenntnis für den Erhalt unseres international einzigartigen Dreisäulensystems abzugeben.

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Einmal mehr sprechen wir über eine Vorlage mit berechtigtem Anliegen, jedoch unverhältnismässigen Massnahmen. Nicht nur würde eine Gesamtfläche von der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg

und Solothurn zu praktisch unantastbarem Schutzgebiet. Ebenso verletzt die Initiative föderalistische Grundsätze, ganz zu schweigen von der Verlängerung der Baubewilligungsverfahren. Darüber hinaus stehen die Forderungen im Widerspruch zu den Energiezielen der Schweiz, denn bei einem Ja würde der mit dem Stromgesetz soeben beschlossene beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren verunmöglicht.

Modernisierung der zweiten Säule: Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren

Bei der Finanzierung der Altersvorsorge hat die FDP drei Grundsätze: Nachhaltige Finanzierung, Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt, Ausgewogenheit der Massnahmen. Die BVG-Vorlage ist ein gelungener Kompromiss: Die Bundesversammlung konnte sich auf eine Senkung der Eintrittsschwelle einigen und für deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Wer bis anhin nicht versichert war, wird zukünftig auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Teilzeitarbeitende oder Menschen mit tiefen Einkommen werden von deutlichen Verbesserungen profitieren, ebenso Mehrfachbeschäftigte vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. Einigen konnte man sich auch zu den Ausgleichsmassnahmen für

Inhalt dieser Ausgabe:

Bildung	3–9
Kommunikationsblog: SP, SVP und fehlerhafte Zahlen	10
Jungfreisinnige: Digitalisierunginitiative LU	11
Liberale Gleichstellungspolitik	12–20
Der Souverän sind wir	21
Biodiversitätsinitiative	22
Kolumne: Andri Silberschmidt	23

Übergangsgenerationen und zu den verbesserten Lohnabzügen für Beschäftigte ab 45 Jahren. Am 22. September haben wir es in der Hand, die Renten für viele Menschen und insbesondere für Frauen zu verbessern!

SP & Co: Im Zweifelsfall steht Klassenkampf vor Gleichstellung

Gewerkschaften, SP und Grüne bekämpfen die BVG-Reform via Referendum. Ihr immerwährender Klassenkampf lässt es ihnen offenbar nicht zu, den vernünftigen und zielführenden Kompromiss mitzutragen. Ebenso droht die SP-Parteispitze bereits damit, die Individualbesteuerunginitiative der FDP abzuschliessen, ein herber Schlag für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Beide Vorhaben bieten die einmalige Chance für reale Verbesserungen und handfeste Fortschritte bei Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Linken betreiben lieber ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik weiter.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Sibylle Freiermuth im Gespräch mit einer Schülerin.



Andere Länder – andere Schulen

Herausfordernde Realitäten in Sambia

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg – auch für die FDP. Sie hat klare Forderungen an die Schule in der Schweiz formuliert. Bildung wäre auch der Schlüssel zum Erfolg in Sambia, doch da kämpfen die Schulen mit schwierigen Voraussetzungen.

Seit drei Jahren arbeite ich an einer Community School in Lusaka mit dem Auftrag, das Lernniveau zu verbessern und beim Lehrpersonal effiziente Lehrmethoden einzuführen. Hier ein paar Einblicke und Erfahrungen aus dem Schulalltag.

Schwierige Ausgangslage – ein paar Fakten:

- Die Hälfte der 21,3 Millionen Einwohner ist jünger als 17,7 Jahre.
- Englisch ist die offizielle Sprache, aber es gibt 73 Stammessprachen und Dialekte. Die meisten Sambier sind mehrsprachig.
- Die Klassen 1 bis 4 werden je nach Gegend in 7 unterschiedlichen Sprachen unterrichtet.
- Das Land ist reich an Rohstoffen, die meist durch internationale Firmen abgebaut und gehandelt werden, 42 Prozent der Exporte über die Schweiz. Die Gewinne bleiben zum grossen Teil im Ausland.
- Der Schulbesuch ist gratis, aber die Regierung kann den Bedarf nicht decken. Es gibt daher viele Community Schools aus lokalen und privaten Initiativen.
- Angestrebtes Lehrer-Schüler-Verhältnis ist 1:45 (Primarstufe) und 1:35 (Sekundarstufe). Obwohl

2022 über 30 000 neue Lehrer rekrutiert wurden, sind wir im Moment bei 1:58, 1:100 ist nicht aussergewöhnlich. Schule findet nicht selten im Drei-Schicht-Betrieb statt.

- Es fehlt an Infrastruktur – Gebäude, Unterrichtsmaterial, Wasser- und Stromversorgung.
- Die Lehrerausbildung hinkt hinterher – noch nicht alle Lehrer haben ein Lehrdiplom, viele haben selbst ungenügende Kenntnisse des Unterrichtsstoffs.

Schulalltag in Lusaka

Der Schule geht es dank der Unterstützung durch internationale Spender relativ gut. Trotzdem verdienen die Lehrpersonen nur zwischen CHF 50 und CHF 130 pro Monat. Viele der Schulbänke sind kaputt. Die Lehrpersonen erklären den Schulstoff anhand selbstgezeichneter Plakate. Bis vor kurzem hatte nur die Lehrperson eine Kopie des Lehrbuchs. Die Kinder kopierten alles ab der Tafel in ihre Hefte. Grundbedürfnisse wie Wasser und sanitäre Anlagen sind nicht garantiert. Aufgrund einer schlimmen Dürre ist auch der Strom knapp. Zurzeit haben wir nur etwa sechs Stunden pro Tag Strom. Die Schule hat einen Drucker/Kopierer und

«Mädchen verpassen 20 Prozent vom Schulunterricht, weil sie keinen Zugang zu Binden haben.»

ein paar Laptops für das Lehrpersonal, aber ohne Strom ist es schwierig, Material auszudrucken.

Die rund 350 Schüler und Schülerinnen kommen hauptsächlich aus sehr armen Verhältnissen. Für viele ist das gesponserte Schulessen von Maisbrei mit einem Ei, etwas Soja oder Bohnen die einzige Nahrung, die sie am Tag bekommen. Oft fehlen Schüler oder Schülerinnen, weil sie zu Hause Geschwister hüten, kranke Eltern pflegen oder zum Haushaltseinkommen beitragen müssen. Mädchen verpassen 20 Prozent vom Schulunterricht, weil sie keinen Zugang zu Binden haben.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die Motivation gross. Die Lehrpersonen arbeiten auch bei geringem Lohn sehr engagiert. Die Kinder danken es ihnen mit schulischem Erfolg und Begeisterung.

Erste Schritte auf einem langen Weg

Wir haben mit viel Erfolg neue Ansätze eingeführt, vor allem im Bereich Lesen/Schreiben. Eine langfristige Begleitung des Lehrpersonals ist nötig, bis sie sich das neue Know-how angeeignet haben und im Unterricht einsetzen. Nach drei Jahren sehen wir, dass die Schüler und Schülerinnen markant besser lesen und schreiben können. Zudem sind sie motivierter, verantwortungsbewusster und haben mehr Selbstvertrauen. Dieser Erfolg wird momentan in 50 weiteren Schulen repliziert.



Gastbeitrag von Sibylle Freiermuth, Lehrerin im Einsatz für eine NGO in Lusaka/Sambia

Irina Bannwart, Foto: Damian Moor



Bildung ist Wirtschaft

Bildungsexpertin Irina Bannwart im Interview

Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Irina Bannwart: Nach meinem Logopädie-Studium war ich acht Jahre als Logopädin und Schulleiterin in einer heilpädagogischen Schule tätig. Anschliessend wechselte ich in die Bildungsverwaltung, war als Projektleiterin und jetzt als Abteilungsleiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes tätig.

Warum bist du in der FDP?

Seit ich 16 Jahre alt bin, engagiere ich mich politisch. Meine Wirtschaftsmatur hat mich geprägt, in der Politik die liberalen Werte in den Fokus zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass Bildung und Wirtschaft enger miteinander verbunden sind, als oft gedacht wird. Weiter setze ich mich für eine volksnahe FDP ein. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir immer noch mit dem Klischee kämpfen, eine Ü50-Partei von Juristen und Unternehmern zu sein. Ich möchte dafür sorgen, dass auch Personen mit anderen beruflichen und sozialen Hintergründen sich von der FDP angesprochen fühlen.

Du bist Leiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes. Gibt es da Spannungen, was dein politisches Engagement, gerade auch im Bildungsbereich angeht?

Ich trenne klar zwischen meinen politischen Aktivitäten und meiner beruflichen Rolle. Ich habe immer offen über meine politische Tätigkeit gespro-

chen, auch bei Vorstellungsgesprächen. Als Abteilungsleiterin der Stabsstelle arbeite ich politisch neutral und lasse meine Parteipräferenzen nicht in meine Arbeit einfließen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Grundausrichtung meiner beruflichen Tätigkeit gut zu meinen liberalen Werten passt. Ansonsten würde ich nicht hier arbeiten.

Du warst auch Teil der Expertenkommission aus den Kantonen für das Bildungspapier der FDP Schweiz, das von den Delegierten am 22. Juni 2024 angenommen wurde. Wie lief die Entwicklung dieses Papiers ab?

Die Arbeitsgruppe wurde von der FDP Schweiz gegründet und bestand aus Mitgliedern aus verschiedenen Kantonen. Sabina Freiermuth, die Aargauische Kantonalpräsidentin lud mich als Fachexpertin aus dem Kanton Aargau in die Gruppe ein.

Wir begannen unsere Arbeit mit einer Online-Besprechung, in der wir uns über grundlegende Bildungsthemen austauschten und den Entwurf des Bildungspapiers diskutierten. Schon in dieser Sitzung konnten wir Änderungsvorschläge einbringen. In einer zweiten Runde wurde über diese Vorschläge abgestimmt. Ich war sehr aktiv, brachte viele Anträge ein und war begeistert, dass sich die FDP intensiv mit dem Thema Bildung auseinandersetzte. Ich dachte mir: «Wenn ich schon mitmache, dann gebe ich Vollgas.» Danach folgten schriftliche Rückmeldungen und Stellungnahmen,

«Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird.»

bis das Bildungspapier für die Delegiertenversammlung vorbereitet war.

Wer war da dabei in der Arbeitsgruppe?

Wir waren 25 Personen, darunter ehemalige Rektoren, Leute aus der Praxis, Fachleute aus der Bildungsverwaltung und Schulpflege sowie Mitglieder von Bildungskommissionen in Gross- oder Kantonsräten.

Anmerkung der Redaktion: Alle Kantone waren eingeladen, ihre Delegationen für die Arbeitsgruppe zu melden. Auch die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der FDP sowie Regierungsrat Conrardin Cramer (FDP/BS) wurden in den Prozess einbezogen.

Gab es Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder auch zwischen Kantonen?

Je nach Kanton sind andere Voten gekommen. Jeder Kanton hat mit den Volksschulen andere Bedürfnisse. Umso positiver ist, dass man sich auf das Papier einigen konnte.

Welche spezifischen Fehlentwicklungen siehst du aktuell in der Volksschule?

Der Lehrplan umfasst viele Fächer und fördert die Schüler in verschiedenen Bereichen. Am Ende der Schulzeit stellt man jedoch fest, dass grundlegende Fähigkeiten wie das Schreiben einer Bewerbung oder einer E-Mail fehlen. Dieser Umstand ist für die Ausbildung und das weitere Leben der jungen Menschen problematisch.

Die Forderung nach Grundkompetenzen darf nicht nur auf fremdsprachige Schüler abgewälzt werden; alle Schüler brauchen diese Fähigkeiten. Fremdsprachige Schüler haben oft zusätzliche Herausforderungen. Und ein gewisses Mass an Sprache sollte sicherlich vorhanden sein, um dem Unterricht folgen und den Unterrichtsstoff aufnehmen zu können. Die Sprachverarmung ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem, weil die angewendete Sprache von Social Media auf den alltäglichen

Irina Bannwart während der Diskussion und Beantwortung der Fragen zum Bildungspapier an der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2024 in Möriken-Wildegg. Foto: Damian Moor



Sprachgebrauch abfährt – nicht unbedingt im Positiven.

Wie geht es jetzt weiter in eurer Arbeitsgruppe?

Es wäre schade, wenn diese Gruppe aufgelöst würde. Es ist wertvoll, zu sehen, wie andere Kantone und Bildungspolitikerinnen und -politiker arbeiten und ein gemeinsamer Austausch ist wertvoll. Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird. Viele liberale Menschen sind im Bildungssektor aktiv, obwohl Bildung häufig als ein eher «linkes» Thema angesehen wird. Die Reaktionen auf das Bildungspapier zeigen, dass es viele Menschen im Bildungsbereich gibt, die nicht einfach nur eine linke Haltung haben.

Du bist selbst im Wahlkampf als Grossrätin für den Bezirk Zofingen. Was ist deine Botschaft?

Der Abbau von Bürokratie an Schulen ist mir ein

wichtiges Anliegen. Lehrpersonen sollten sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können, ohne von administrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Schule, Lehrpersonen und Schulleitung abgelenkt zu werden.

Welche Forderungen des Bildungspapiers liegen dir besonders am Herzen?

Aus meiner Sicht hat die Schule eine zentrale Aufgabe mit dem Sicherstellen von Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Damit lässt sich Beruf und Familie besser vereinbaren. Das hat einen direkten Einfluss auf die Berufstätigkeit der Frauen. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft.

Ein weiteres Anliegen ist mir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und mit der Schule zusammenarbeiten. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Beide Aufgaben müssen Hand in Hand ge-

«Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.»

hen, und die Eltern sollten sich dessen bewusst sein. Dies betrifft nicht nur, wie oft fälschlicherweise angenommen, nur fremdsprachige Eltern. Es ist wichtig, alle Familien zu erreichen – sowohl aus sozioökonomisch schwächeren als auch aus wohlhabenderen Haushalten. Letztere können teilweise mit rechtlichen Schritte gegen Zeugnisse oder Entscheidungen der Lehrpersonen die Zusammenarbeit genau so schwierig gestalten.

Wie waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?

Nach den medialen Berichten habe ich sowohl positive als auch negative Rückmeldungen erhalten, auch aus meinem bildungsnahen Umfeld. Etwa 80 Prozent der Reaktionen waren positiv. Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

Gibt es sonst noch etwas, was du der FDP-Basis mitteilen möchtest?

Es ist wichtig, sich zu engagieren – auch im Kleinen kann man etwas bewirken, selbst als Mitglied in einer Ortspartei. Entscheidend ist, dass man sich mit Politik auseinandersetzt. Unser einzigartiges Schweizer System lebt davon, dass die Menschen sich mit verschiedenen Themen beschäftigen und aktiv mitbestimmen, sei es durch Wählen oder Abstimmen.



350 Delegierte stimmten am 22. Juni 2024 dem Bildungspapier für die Volksschule zu. Foto: Damian Moor



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Bild: Adobe Stock / Contrastwerkstatt



Volksschule am Anschlag: Zurück zum Bildung

17 Handlungsfelder für eine chancengerechte und zukunftsorientierte Bildung unserer Kinder

Unsere Volksschule ist für den Kitt in der Gesellschaft, die Wirtschaft und den Erfolg der Schweiz von allergrösster Bedeutung. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Dieses Erfolgsmodell ist seit jüngster Zeit gefährdet. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule in verschiedenen Kantonen und Gemeinden zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

1 Grundkompetenzen, Grundkompetenzen, Grundkompetenzen

Die Volksschule muss sich heute mit allen möglichen gesellschaftlichen Themen befassen und hat allzu oft nicht mehr die Zeit, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: die Vermittlung der Grundkompetenzen. Mit Lesen, Schreiben und Rechnen

erhalten die Kinder ein stabiles Fundament, das sie befähigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Demokratie teilzunehmen.

2 Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht

In der Praxis hat sich die integrative Schule

zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend.

3 Schulnoten bleiben erhalten

Die FDP fordert ein transparentes und einfach anwendbares Bewertungs- und Beurteilungssystem, das die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abbildet und Vergleiche ermöglicht. Es ist wichtig, die Fortschritte der Schulkinder zu überprüfen. Ideologisch motivierte Versuche, Noten abzuschaffen, sind abzulehnen.

4 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erhalten Intensivkurse der Unterrichtssprache, bevor sie in eine Regelklasse wechseln

Kinder, welche die Unterrichtssprache (noch) nicht beherrschen, sind oft überfordert und beanspruchen die erhöhte Aufmerksamkeit der Lehrpersonen, so dass weniger Ressourcen für die anderen Kinder übrig bleiben und der Regelunterricht zu



ten Schritt kritisch hinterfragt werden, auf welche Berichte und Formulare verzichtet werden kann.

8 Leistung muss sich lohnen – auch bei Lehrpersonen

Viele Schulen leiden unter akutem Fachkräftemangel. Die Politik und die Schulen müssen Anreize und Strukturen schaffen, damit Lehrpersonen vermehrt ihre Pensen erhöhen: Unterstützen die Schulleitungen, heterogene Klassenzusammensetzungen zur Vermeidung hoch belasteter Klassen innerhalb einer Schule, Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit, um die Schulwochen nicht zusätzlich zu befrachten, sowie die Vermeidung von Belastungsspitzen während der Schulwochen können dazu beitragen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt Vollzeit arbeiten.

9 Stoppt die Bildungsbürokraten und stärkt die Lehr- und Fachpersonen

Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Amtsstuben. Wir müssen den Ideenwettbewerb der einzelnen Schulen fördern und nicht durch Paragraphen verhindern. Wichtige Entschiede müssen dort gefällt werden können, wo mit den Kindern gearbeitet wird. Die Lehrperson – und nicht ein Funktionär oder Berater – weiss am besten, was seine Schülerinnen und Schüler brauchen, um die Bildungsziele zu erreichen.

10 Pädagogische Hochschulen

Die Ausbildung (Grundausbildung, Weiterbildungen) an der pädagogischen Hochschule bereitet das (angehende) Lehrpersonal auf den Schulalltag vor. Die Lehrpläne sind realitätsnah und praxisorientiert auszugestalten.

11 Keine Smartphones im Unterricht auf Primarschulstufe

Smartphones und andere elektronische Geräte (bspw. Smartwatches) beeinträchtigen die Aufmerksamkeit, das Lernen und die sozialen Beziehungen. Sie sind während des Unterrichts auszuschalten und wegzulegen.

12 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken erkennen

Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung weisen Forschungsergebnisse inzwischen auch auf negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb hin. Der Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Schule muss überlegt und gezielt erfolgen und laufend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

13 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten die Schulen

Tagesstrukturen an. Die Angebote sind freiwillig und kostengünstig auszugestalten.

14 Bildungswege aufzeigen

Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten und die ganze Breite der Berufswelt zu entdecken. Dazu werden die Vorteile der verschiedenen Bildungswege (Berufslehre, Berufsmaturität, Gymnasium etc.) den Kindern und Eltern frühzeitig und neutral vermittelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermittlung von schweizerischen Besonderheiten (z. B. duales Bildungssystem) für zugezogene Eltern und Kinder gelegt.

«Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht.»

kurz kommt. Bevor fremdsprachige Kinder in die Volksschule eintreten, ist der Fokus deshalb konsequent auf das Erlernen der lokalen Sprache zu setzen.

5 Die Erstsprache hat Priorität

Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.

6 Respekt im Schulzimmer

Anstand lässt sich bekanntlich nicht regulieren. Der Staat soll sich auch nicht in die elterliche Erziehung der Kinder einmischen. Doch gewisse Zustände in Schweizer Klassenzimmern sind unhaltbar. Das Lehrpersonal verdient Respekt – von den Kindern und von den Eltern. Für erfolgreiches Lernen braucht es Phasen der Ruhe und Struktur.

7 Weniger Formulare, mehr Unterricht

Die zunehmende Bürokratie an den Volksschulen muss auf das Wesentliche reduziert werden, denn sie geht zu Lasten des Kerngeschäfts: des Unterrichts. Dazu muss in einem ers-

15 Mehr Schweiz

Die Geschichte und das politische System der Schweiz dürfen nicht vernachlässigt werden. Nur wenn die Kinder und Jugendlichen unser Land verstehen, erhalten sie das Rüstzeug, um mündige und aktive Teilnehmende unserer Demokratie zu werden.

16 Keine Ideologie und woke Lehrmittel

Die persönliche politische Meinung bilden sich Kinder und Jugendliche selbst. Die Vermittlung des Unterrichtsstoffes erfolgt deshalb möglichst neutral und die Medienkompetenz sowie schliesslich das eigene Urteilsvermögen sind zu stärken.

17 Nulltoleranz gegenüber Intoleranten

Fundamentalismus hat keinen Platz an unserer Volksschule. Niemand darf sich unter Berufung auf seine kulturelle und religiöse Identität über andere stellen oder unsere offene Gesellschaft ablehnen.

Dies ist eine gekürzte Version des Positionspapiers, das am 22. Juni 2024 von der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen verabschiedet wurde. Die ganze Version finden Sie hier: www.fdp.ch/bildung

Titus Meier: Lehrer, Historiker, Einwohner- und Grossrat.



«Es braucht wieder eine stärkere Fokussierung auf die Grundkompetenzen. Diese kommen leider nicht einfach so, sondern brauchen ein stetiges Üben und Wiederholen.»

Was machen Sie beruflich?

Titus Meier: Ich arbeite einerseits als Lehrer an der Bezirksschule in Brugg und bin andererseits freischaffender Historiker. Daneben bin ich politisch engagiert als Einwohner- und Grossrat im Aargau.

Wie kamen Sie in die Arbeitsgruppe für das Bildungspapier?

Aus drei Gründen: Meine Erfahrung als Lehrer und Präsident der grossrätlichen Bildungskommission sowie meine Funktion als Ressortverantwortlicher Bildung in der FDP-Aargau.

Worüber wurde am meisten diskutiert?

Die frühen Fremdsprachen waren sicher ein grosser Diskussionspunkt. Einerseits sind sie für begabte Kinder eine zusätzliche Herausforderung, die sie gerade im Frühenglisch sehr spannend finden. Andererseits sind sie für viele Kinder eine Überforderung und eine Verzettlung ihrer Kräfte.

Welche Forderung aus dem Bildungspapier ist für Sie am drängendsten?

Mit Blick auf meine Schulstufe ist sicher die Digitalisierung eine grosse Herausforderung. Einerseits bietet sie grosse Chancen und ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken, andererseits gibt es doch auch Risiken – gerade bei Jugendlichen – die man nicht negieren kann. Hier sind Schule und Elternhaus gemeinsam gefordert.

Was sind die grössten Herausforderungen für Lehrerinnen und Lehrer heute?

Die integrative Schule ist eine grosse Herausforderung. Hier sehe ich die Lösung in der Einführung von Förderklassen. «Verhaltensauffällige» und lernschwache Kinder brauchen ein anderes Setting. Sie binden sehr viel Energie. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel ist es wichtig, die vorhandenen Fachkräfte gezielt einzusetzen.

Es braucht wieder eine stärkere Fokussierung auf die Grundkompetenzen. Diese kommen leider nicht einfach so, sondern brauchen ein stetiges Üben und Wiederholen. Das gefällt zwar vielen nicht, doch ohne geht es einfach nicht. Damit verbunden ist auch die Stärkung der Erstsprache.

Wo sind Sie persönlich am meisten herausgefordert in Ihrer Tätigkeit?

An dieser Stelle muss ich vorausschicken, dass ich als Lehrer an der Bezirksschule privilegiert bin. Im Kanton Aargau haben wir eine dreigliedrige Oberstufe, wobei die Bezirksschule das höchste Leistungsniveau umfasst. Persönlich herausfordernd ist der Umstand, dass ich aktuell eine neue Klasse habe, die 26 Kinder umfasst, die zuvor unterschiedliche Primarschulen besucht haben. Jede und jeder bringt einen anderen schulischen Rucksack mit – obwohl man mit dem Lehrplan 21 eigentlich das Gegenteil bezweckt hatte.

Was sagen Sie zur Forschung und den vielen Studien, die zu positiven Schlussfolgerungen für die integrative Schule kommen?

Es lohnt sich, bei diesen Studien genau hinzuschauen: was wurde unter welchen Bedingungen untersucht? Oft wird nur ein Aspekt angeschaut und das Gesamtsystem ausser Acht gelassen. Auffällig ist, dass die Befürworter der integrativen Schule in der Regel nie selbst im Klassenzimmer unterrichten oder dann in Schulen mit besonderen Voraussetzungen. Der Alltag sieht jedoch leider oft anders aus als in den Untersuchungssettings. Auch hat die Heterogenität in den Schulen seit der Einführung der integrativen Schule noch einmal deutlich zugenommen.

Was bekamen Sie für Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?

Ich bekam überwiegend positive Rückmeldungen. Dadurch, dass sich die FDP Schweiz zur Volksschule äusserte, bekam das Thema eine grössere Wirkung in den Medien, als wenn eine Kantonal-sektion ein Papier geschrieben hätte.



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Marc Bourgeois: Kantonsrat FDP-Zürich.



Volksschule der Zukunft

Kantonsrat Marc Bourgeois im Interview

Die Delegierten der FDP Schweiz verabschiedeten im Juni ein neues Bildungspapier. Für die FDP Kanton Zürich hat Marc Bourgeois an der Erarbeitung des Papiers mitgearbeitet.

Marc Bourgeois, das Bildungspapier verursachte einigen Wirbel. Die FDP stellt der Schweizer Volksschule ein schlechtes Zeugnis aus. Ist es so schlimm?

Marc Bourgeois: Obwohl wir immer mehr Geld dafür ausgeben, dass alle Kinder faire Chancen erhalten, sinkt das durchschnittliche Niveau am Ende der Volksschule. Es scheint nur noch darum zu gehen, Leistungsunterschiede zu kaschieren. Keine Noten, keine Hausaufgaben, keine Selektion, dafür Gleichmacherei. Der Bildungserfolg ist in den Hintergrund gerückt.

Man spricht von «Chancengerechtigkeit» und meint Ergebnisgleichheit. Das ist purer Bildungskommunismus. Und der funktioniert nur mittels Nivellierung nach unten. In der Folge vertrauen bildungsnahe Eltern der Volksschule nicht mehr und ergänzen sie mit privaten Angeboten und eigenem Engagement. So verdreht sich die angestrebte «Chancengerechtigkeit» ins Gegenteil.

Leider hat die FDP die Volksschule zu lange – sprichwörtlich – links liegen lassen. Eine PH-nahe, reformfreundige Bildungslobby hat dankbar übernommen.

Was ist für Sie die Essenz des FDP-Bildungspapiers?

Grundsätzlich muss die Volksschule wieder einfacher und ruhiger werden. Und unpolitischer. Der Lehrplan ist zu entschlacken. Der integrative An-

satz ist zu überprüfen. Und Leistung soll sich lohnen dürfen.

Was haben Sie einbringen können?

Ich selbst nahm als kantonaler Vertreter Einfluss auf das Bildungspapier. Ich spürte rasch, dass die Richtung stimmt. Die FDP-Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker in den anderen Kantonen haben offensichtlich mit denselben Problemen zu kämpfen.

Welche Änderungen sind aus Zürcher Sicht besonders wichtig?

Unser Problem ist, dass wir in den letzten Jahren zu fast allen Forderungen des Bildungspapiers bereits Vorstösse eingereicht haben – leider nur teilweise erfolgreich. Bei der bildungspolitischen Mehrheitsmacherin im Kanton, der GLP, hängt es sehr stark davon ab, mit wem man gerade redet.

Das Papier steht nun – wie geht es weiter?

Ich hoffe, dass die übrigen Kantone – wo noch nicht geschehen – ebenfalls entsprechende Vorstösse einreichen werden. Im Kanton Zürich prüfen wir, wo wir noch blinde Flecken haben. Und ob wir gewisse Forderungen erneut lancieren sollen.

Marc Bourgeois, FDP-Kantonsrat aus der Stadt Zürich und daneben unter anderem Internet-Unternehmer und Präsident des TCS Stadt Zürich.

«Obwohl wir immer mehr Geld dafür ausgeben, dass alle Kinder faire Chancen erhalten, sinkt das durchschnittliche Niveau am Ende der Volksschule.»

Förderklassen-Initiative der FDP Zürich

Die FDP der Stadt Zürich reichte am 18. Juli 2024, zusammen mit GLP- und SVP-Vertreterinnen und Vertretern, die «Förderklassen-Initiative» mit 9200 Unterschriften ein (erforderliches Minimum: 6000 gültige Unterschriften). Die kantonale Volksinitiative «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» strebt gemäss Ja-Komitee eine «qualitativ hochwertige Volksschule im Kanton Zürich an, die Kinder stärkt, anstatt sie zu überfordern, und sorgt für mehr Ruhe im Klassenzimmer für alle.» Sie begründet die Notwendigkeit der Förderklassen folgendermassen: «Die integrative Schule wurde in der Deutschschweiz vor gut zehn Jahren eingeführt. Jetzt werden die Schwächen des Systems immer deutlicher: Lehrpersonen sind stark mit Koordinations- und Administrationsaufwand belastet, eine Vielzahl an Lehr-, Erziehungs- und Therapiefachkräften sowie uneinheitliche Lernprogramme sorgen für Unruhe in den Klassen, und die Schule kann den Anforderungen von Kindern mit besonderen Bedürfnissen oft nicht mehr gerecht werden.»

Weitere Infos:

<https://www.schule-mit-zukunft.ch/>



Das Interview führte Andreas Schürer von rivedia.com.

KI-generierte Karikatur zum Zahlendebakel der SP.



Die SP, die SVP und fehlerhafte Zahlen

Warum Bildungskompetenzen dringend nötig sind

Die neuesten Enthüllungen über einen Rechenfehler des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) haben heftige Reaktionen ausgelöst. Dieser Vorfall, der durch den sozialistischen Einfluss der beiden beteiligten Behördenleiter des EDI und des BSV, die beide der SP angehören, noch verstärkt wird, zeigt erneut die problematische Beziehung der Sozialisten zu Zahlen.

Neben diesem Vorfall, der zweifellos auch ein Verwaltungsproblem ist, hat die Presse kürzlich aufgedeckt, dass die Gegner der BVG-Reform im Rahmen ihrer Kampagne mit falschen Zahlen gearbeitet haben. Diese Enthüllung reiht sich in einen breiteren Kontext ein, in dem die SP und andere Parteien immer wieder versuchen, Zahlen nach Belieben zu präsentieren.

Fehlbare Kampagnenstrategien

Ein Beispiel aus der Vergangenheit ist die Altersvorsorge-2020-Kampagne im Jahr 2017. Trotz der Unterstützung der Parteiführung und Bundesrat Berset gab es innerhalb der SP erhebliche Kritik an der Reform. Die SP führte eine interne Vernehmlassung durch und stellte sich als besonders demokratisch

dar. Gleichzeitig verschickte die Partei jedoch eine Broschüre, in der Zahlen, die gegen die Reform sprachen, absichtlich weggelassen wurden. Die Presse deckte diese Manipulation auf, und die SP-Führung rechtfertigte sich mit «Platzmangel».

Die SVP und ihre Übertreibungen

Doch auch die SP ist nicht allein im Umgang mit Zahlen. Die SVP zeigte sich während der Kampagne für das Verbot der Gesichtshüllungen nicht anders, indem sie eine Grafik veröffentlichte, die einen übertriebenen Anstieg der Muslime in der Schweiz darstellte. Jahre später, selbst nach Annahme der Initiative, erwiesen sich diese Prognosen als völlig unzutreffend, da der Anteil der Muslime nach wie vor etwa 6% beträgt.

«Fehler bei der Verarbeitung von Zahlen sind sicher möglich. Problematischer ist jedoch die bewusste Präsentation von Zahlen, um Wähler zu täuschen.»

Gefährdung der Glaubwürdigkeit

Fehler bei der Verarbeitung von Zahlen sind sicher möglich. Problematischer ist jedoch die bewusste Präsentation von Zahlen, um Wähler zu täuschen, wie es sowohl die SP als auch die SVP tun. Zusammen mit den gravierenden Fehlern des BSV und des Bundesamtes für Statistik im Oktober letzten Jahres gefährdet dies die Glaubwürdigkeit der politischen Debatte und unserer Institutionen.

Im Juni haben wir bereits betont, wie wichtig es ist, die Grundkompetenzen in der Bildung zu stärken. Die SP, die SVP und auch die Bundesverwaltung wären gut beraten, unsere Empfehlungen zu berücksichtigen.



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Das Initiativkomitee reichte am 29. Mai 2024 die nötigen Unterschriften ein.



Wieso analog, wenn's digital geht?

Digitalisierungsinitiative der Jungfreisinnigen Kanton Luzern

Die Jungfreisinnigen haben eine Initiative lanciert, welche hoffentlich bald den Luzernern zur Abstimmung bevorsteht. Wir wollten wissen, wie so eine Initiative zustande kommt und welche Erfahrungen der Jungfreisinn des Kantons Luzern damit gemacht hat. Wir haben nachgefragt!

Worum geht es bei der Digitalisierungsinitiative?

Laut eigener Aussage der Jungfreisinnigen verharrt der Kanton Luzern in der «digitalen Steinzeit». Sie wollen das «Digital-First-Prinzip» in die Kantonsverfassung aufnehmen, damit Aufgaben bevölkerungsnah, wirksam, kostenbewusst und digital erfüllt werden. Der Kanton Luzern und seine Gemeinden sollen ihre Aufgaben wann immer möglich digital erledigen. Die Digitalisierung soll Vereinfachungen, effizientere Prozesse und geringere Kosten mit sich bringen.

Wie ist die Initiative zustande gekommen?

Im **Oktober 2022** hat eine Mitgliederversammlung der JFLU stattgefunden, bei der die Digitalisierungsinitiative als Idee vorgestellt wurde. Diese Idee wurde anschliessend von den Mitgliedern ausgewählt, sodass weitere Schritte eingeleitet wurden, um die Initiative an das Luzerner Stimmvolk zu bringen. Im **Januar 2023** hat die Suche nach

einer Agentur, welche ihnen auf diesen Weg unterstützen können, begonnen. Nach Vorbereitungen, wie beispielsweise das Zusammenstellen des Initiativkomitees, fing dann im **Juni 2023** die Sammelfrist an. Im **Oktober 2023** machten einige Jungfreisinnige eine Tour durch Luzern, um möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Die nötigen 5000 Unterschriften kamen letzten Endes zusammen und somit konnten sie im **Mai 2024** die gesammelten Unterschriften einreichen.

Was sind die Erkenntnisse für zukünftige Initiativen?

Einhaltung des Zeitplans: Es ist sehr wichtig, den Zeitplan von Anfang an strikt einzuhalten. Verzögerungen führen zu einem Rückstand, welcher schwierig ist, nachzuholen.

Vermeidung von Wahljahren: Ein wichtiger Tipp für zukünftige Sammelaktionen ist, diese nicht in einem Wahljahr zu beginnen. In solchen Jahren ist



Nico Schöpfer, Präsident Jungfreisinnige LU, und Thomas von Allmen, Vorstand Jungfreisinnige Schweiz und Präsident des Initiativkomitees der Digitalisierungsinitiative.

«Ein wichtiger Tipp für zukünftige Sammelaktionen ist, diese nicht in einem Wahljahr zu beginnen.»

die politische Aktivität bereits auf einem Hoch. Viele Mitglieder der Jungfreisinnigen und FDP sind bereits an Wahlkampfveranstaltungen beteiligt und haben deswegen weniger Zeit für das Sammeln von Unterschriften.

Gezielte Standortwahl: Es ist wichtig, Sammelaktionen dort durchzuführen, wo potenziell interessierte Menschen sind. An unpassenden Standorten Unterschriften zu sammeln, kostet wertvolle Zeit.

Wer mehr wissen will, kann sich hier informieren: <https://digitalisierung.lu/>



Natalia Collet, Praktikantin im Generalsekretariat

Libérale Gleichstellung

Medienaktion der FDP und FDP-Frauen zur liberalen Gleichstellung am 28. August 2024.



Libérale Frauen, liberale Männer

Gemeinsam gelingt uns die Gleichstellung

Bessere Renten. Gleiche Steuern. Mit der Individualbesteuerung und der BVG-Reform ermöglicht die FDP echten Fortschritt: Liberale Gleichstellung statt linkem Klassenkampf.

Während die SP mit Streiks den Kampf der Geschlechter inszeniert, arbeiten liberale Männer und Frauen Hand in Hand. In diesen Wochen braucht es sie mehr denn je: Der Nationalrat verhandelt über die Individualbesteuerung und die Stimmbevölkerung entscheidet über die BVG-Reform. FDP-Frauen-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher und FDP-Präsident Thierry Burkart zeigten an einer gemeinsamen Aktion, was Freisinnige unter liberaler Gleichstellung verstehen: Fairness und Chancen für alle, unabhängig vom Geschlecht.



Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin der FDP-Frauen an der Medienaktion der FDP und FDP-Frauen zur liberalen Gleichstellung am 28. August 2024.

Die FDP-Frauen und die FDP wollen die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung der Frauen mit konkreten, liberalen Reformen vorantreiben. Linke Lippenbekenntnisse und Frauenstreiks allein nützen nichts – nun braucht es eine echte, liberale Gleichstellung von Mann und Frau. Konkret heisst das, dass auch verheiratete Frauen endlich ihre eigene Steuererklärung einreichen können. Und dass in der zweiten Säule, also bei den Pensionskassen, Teilzeitangestellte und Geringverdienende bessere Renten erhalten.

Zwei Reformen für die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen

Im September bietet sich die grosse Chance, in zwei wichtigen Vorlagen Nägel mit Köpfen zu machen. Das Volk entscheidet über die BVG-Reform, der Nationalrat über die FDP-Initiative für die Individualbesteuerung. Diese liberalen Unabhängigkeitsreformen ermöglichen es Frauen, selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden. Zudem fördern sie die wirtschaftliche Unabhängigkeit, indem strukturelle Benachteiligungen beseitigt werden. Die BVG-Reform schafft für viele Teilzeitangestellte, darunter insbesondere Frauen, erstmals eine bessere finanzielle Absicherung im Alter. Durch die Individualbesteuerung werden Ehepaare, insbesondere Mütter in Teilzeiterwerbstätigkeit, nicht mehr benachteiligt.

Zeit, Farbe zu bekennen

Vergangene Woche feierte die FDP bereits einen Erfolg: In der vorberatenden Kommission wurde

«Linke Lippenbekenntnisse und Frauenstreiks nützen nichts – nun braucht es eine echte, liberale Gleichstellung von Mann und Frau.»

die Individualbesteuerung mehrheitlich unterstützt. Die FDP appelliert nun an die Linken, zu ihren Versprechen zu stehen und die Individualbesteuerung auch im Parlament zu unterstützen. Die Individualbesteuerung und auch die BVG-Reform sind zu wichtig, um sie parteipolitischen Manövern unterzuordnen und auf Umverteilungsfantasien zu beharren.

Die FDP fordert:

- Wem bessere Renten für Frauen am Herzen liegen, der – und die! – muss nun für die BVG-Reform stimmen.
- Die Linken sollten zu ihren Versprechen stehen, die alten Gewerkschaftsbüffel ignorieren und die Individualbesteuerung der FDP auch im Parlament unterstützen.
- Echte liberale Gleichstellung heute – statt linker Utopien am St.-Nimmerleinstag.
- Linke wie auch Konservative müssen im September Farbe bekennen: Seid ihr für mehr oder weniger finanzielle Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frauen?

Medienmitteilung der FDP Schweiz zur Medienaktion mit den FDP-Frauen vom 28. August 2024.

Weitere Infos:

Ja zur BVG-Reform: <https://ja-bvg.ch/>

Individualbesteuerung: <https://www.individualbesteuerung.ch/>

Parolenspiegel

Abstimmungen vom 22. September 2024



NEIN

Biodiversitätsinitiative



JA

BVG-Reform

Weitere Abstimmung



JA

Autobahnausbau



Einladung zum Fachreferat mit Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D., spricht zum Thema

**«Die Ukraine, Gaza, Putin und Trump:
Wie gefährdet sind Europa und die Schweiz?».**

Mittwoch, 16. Oktober 2024, in Bern,
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse
13 + 15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem
eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV
mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain,
dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse Papier-
mühlestrasse bis zur Kaserne.

Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Simone Richner: Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin, Stadträtin und Mutter.



«Meine Leidenschaft gilt der Verantwortung als Abteilungsleiterin und meiner Rolle als Mutter. Beides prägt mein Engagement für Gleichberechtigung und Freiheit.»

Als Mutter einer Tochter ist es mein grösster Wunsch, dass sie in einer Welt aufwächst, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Ideal, sondern gelebte Realität ist. Ich möchte, dass sie die Freiheit hat, ihre Träume zu verfolgen, ohne sich durch Hindernisse eingeschränkt zu fühlen, die allein aufgrund ihres Geschlechts bestehen. Mein Engagement wird von den starken Frauen in meiner Familie inspiriert, die mir den Weg gewiesen haben. Meine Mutter, die mir bis heute tagtäglich Eigenständigkeit vorlebt, sowie meine Grossmutter, die als eine der ersten Frauen in der Schweiz einen Dokortitel in Rechtswissenschaften erwarb, und meine Tante, die als erste Staatsanwältin des Kantons Bern eine Pionierin war, haben mir gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen.

Wie lebst du Gleichberechtigung in deinem Familienalltag?

In unserem Familienalltag legen mein Partner und ich grossen Wert darauf, die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung gleichberechtigt zu teilen. Wir beide arbeiten und es ist uns wichtig, dass unsere Tochter sieht, wie man Verantwortung miteinander teilt, und dass beide Elternteile gleichermaßen an ihrer Erziehung und ihrem Wohlbefinden beteiligt sind.

Was gelingt euch dabei gut?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine ausgewogene Balance zwischen unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen gefunden haben. Diese Balance ermöglicht es uns, unsere Tochter in einem stabilen und unterstützenden Umfeld aufwachsen zu lassen, während wir beide beruflich erfolgreich sind. Es erfüllt mich mit Freude, zu sehen, wie sie in einem Umfeld aufwächst, das von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Gleichberechtigung im Alltag

Mama und Führungskraft

Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

Simone Richner: Mein Name ist Simone Richner, ich bin 38 Jahre alt und habe das Glück, in meiner beruflichen Laufbahn als ausgebildete Rechtsanwältin und Abteilungsleiterin in einem kantonalen Amt Verantwortung für ein grossartiges Team von 73 Menschen zu tragen. Diese berufliche Rolle erfüllt mich sehr, doch noch bedeutender ist für mich meine Rolle als Mutter einer wunderbaren drei Jahre alten Tochter.

Wie bist du mit der FDP verbunden?

Ich bin aktuell Stadträtin in Bern und habe in der FDP sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene in verschiedenen Funktionen mitgewirkt, unter anderem als Mitglied der Parteileitung und als Vizepräsidentin. Eine besondere Ehre war es, als erste Frau das Präsidium der Jungfreisinnigen im Kanton Bern zu übernehmen. Mein Herz schlägt für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit – Grundsätze, die nicht nur mein politisches Engagement prägen, sondern auch meinen Alltag als berufstätige Mutter.

Was heisst für dich Gleichberechtigung?

Gleichberechtigung bedeutet für mich, dass jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen die gleichen Chancen verdient. Es geht darum, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder gesellschaftlichen Stereotypen benachteiligt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine gerechtere Gesellschaft für uns alle ein Gewinn ist.

Was bedeutet für dich «liberale Gleichstellung»?

Libérale Gleichstellung bedeutet, dass wir als Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Chancengleichheit möglich ist, ohne dabei die individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen einzuschränken. Es geht darum, Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen, ohne in traditionelle Rollenbilder gezwängt zu werden. Diese Freiheit ist es, die uns wirklich voranbringt.

Was treibt dich persönlich an, dich für Gleichberechtigung einzusetzen?



Wahlplakat für den Nationalrat im Herbst 2023.



Simone Richner mit ihrer Tochter beim Abstimmen.

Was empfindest du dabei als herausfordernd?

Die grösste Herausforderung besteht oft darin, die Erwartungen der Gesellschaft mit unseren eigenen Vorstellungen von Gleichberechtigung zu vereinen. Es erfordert viel Organisation, enorme Flexibilität und vor allem eine sehr gute Kommunikation, um sicherzustellen, dass alle Bedürfnisse in der Familie berücksichtigt werden und wir gleichzeitig unseren beruflichen Zielen gerecht werden können. Welche Massnahmen sind aus Sicht der FDP besonders wichtig, um Chancengleichheit zu fördern? Die FDP setzt sich für die Förderung flexibler Arbeitsmodelle ein, die es Familien erleichtern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Modernisierung der beruflichen Vorsorge, wie sie in der BVG-Reform vorgesehen ist.

In welchem Bereich muss noch viel getan werden aus deiner Sicht?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Es braucht dringend mehr Betreuungsmöglichkeiten und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass auch Männer eine aktive Rolle in der Kindererziehung und im Haushalt übernehmen.

Wie kann ich als Mitglied der FDP Gleichberechtigung fördern?

Als Mitglied der FDP kannst du viel bewirken, indem du dich aktiv in die politische Arbeit einbringst. Teile deine Erfahrungen, sprich darüber

und engagiere dich für Initiativen, die flexible Arbeitsmodelle voranbringen und die berufliche Vorsorge modernisieren. Darüber hinaus kannst du in deinem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft dazu beitragen, Frauen in Führungspositionen

«Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.»

zu stärken, indem du sie ermutigst und unterstützt. Es ist entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen, damit Gleichberechtigung nicht nur ein Ziel bleibt, sondern in unserem Alltag wirklich gelebt wird.

Warum sollten unsere Leser/Leserinnen Ja zur BVG-Revision stimmen?

Die BVG-Reform ist ein bedeutender Schritt, um unsere Altersvorsorge zu modernisieren und gerechter zu gestalten. Sie schliesst Rentenlücken, insbesondere für Teilzeitarbeitende und Frauen, und fördert die Generationengerechtigkeit. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordi-

nationsabzugs wird es viel mehr Menschen möglich sein, von der zweiten Säule zu profitieren. Diese Reform ist nicht nur fair, sondern auch zukunftsweisend, und sie stärkt unser bewährtes Dreisäulenmodell.

Was du der «Freisinn»-Leserschaft sonst noch sagen willst.

Ich möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich weiterhin aktiv für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit einzusetzen. In einer Zeit, in der Freiheit immer mehr in Frage gestellt wird, ist es wichtiger denn je, für unsere Überzeugungen einzustehen. Links-grüne Forderungen nach immer mehr Regulierungen und Einschränkungen bedrohen die Individualität und Vielfalt, die unsere Gesellschaft stark machen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch politisches Engagement, durch das Setzen von Vorbildern im Alltag oder durch die Unterstützung von Initiativen, die unsere Gesellschaft gerechter und freier machen.



Das Interview führte Eveline Würzler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Yannick Berner setzt sich als FDP-Grossrat und Unternehmer für ein Ja zur BVG-Reform ein.



Als Unternehmer für die BVG-Reform

Kommentar von Yannick Berner

Als Liberaler, Unternehmer und einst zukünftiger Rentner bin ich klar für die BVG-Reform. Im vollen Bewusstsein, dass es sich bei der Vorlage um einen politischen Kompromiss handelt, ist die Reform notwendig, um die 2. Säule nachhaltig und fair zu gestalten.

Die BVG-Reform bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu verbessern. Viele Teilzeitarbeitende und insbesondere Frauen erhalten heute keine BVG-Rente. Hinzu kommt, dass die Rentenversprechen im BVG zu hoch sind und die Erwerbstätigen die Rentner querfinanzieren. Das Resultat? Ein zunehmend fragiles System, das unsere Solidarität überstrapaziert und dringend reformiert werden muss.

Reform für Unternehmer eine Herausforderung

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass diese Reform auch für uns als Unternehmer eine Heraus-



Das Familienunternehmen URMA AG produziert innovative Präzisionswerkzeuge mit einem Exportanteil von über 95 Prozent. Eingesetzt werden die Schweizer Produkte unter anderem in der Automobil- und Flugzeugindustrie.

forderung darstellt. Es ist richtig, dass eine Annahme der Vorlage zu höheren Kosten führen wird. Mehr Mitarbeitende werden obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert sein, was für uns höhere Lohnabzüge bedeutet. Doch genau hier setzt die Verantwortung an, die wir als Unternehmer in der Gesellschaft tragen. Lassen Sie mich dies anhand eines Beispiels verdeutlichen: Nehmen wir an, eine Teilzeitangestellte in unserem Unternehmen verdient 30 000 Franken pro Jahr. Nach den aktuellen Regeln sind nur 4275 Franken oder 14 Prozent ihres AHV-Lohnes im BVG versichert. Mit der Reform erhöht sich der versicherte Lohn auf 24 000 Franken, das sind 80 Prozent ihres Lohnes. Auf dieser Basis lässt sich ein solides Altersguthaben ansparen. Für uns als Arbeitgeber bedeutet dies höhere Beiträge, doch für die Angestellte bringt es eine signifikante Verbesserung ihrer Altersvorsorge und garantiert eine schönere Rente.

Wer, wenn nicht die FDP?

Als Unternehmer bin ich bereit, diesen Schritt zu wagen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Reform ein Ziel erreichen, das besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommt. Diese Reform ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Mitarbeitenden, sondern

«Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen.»

auch in die Stabilität unseres Rentensystems. Und dieses gilt es zu schützen: Die Abstimmungen vom 3. März 2024 sollten uns zu denken geben. Wir müssen die Akzeptanz gegenüber dem Dreisäulensystem stärken. Denn die linken Parteien und Gewerkschaften warten mit ihren Ideen zum AHV-Ausbau und der Schwächung der 2. und 3. Säule in ihren Startlöchern. Wer, wenn nicht die FDP, sorgt sonst dafür, dass die eigens angesparte Altersvorsorge auch die eigene bleibt?

Verantwortung für die Stabilität des Rentensystems übernehmen

Die Dringlichkeit ist offensichtlich. Je länger wir zögern, desto gravierender werden die Probleme unserer Altersvorsorge. Die BVG-Reform bietet eine realistische und umsetzbare Lösung für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gerne betone ich nochmals, dass die BVG-Reform ein Kompromiss ist. Doch wer meint, dass wir die gleichen Ziele mit einem Nein zur Reform erreichen, der irrt sich. Es ist enttäuschend, dass gerade linke Kräfte das Referendum ergriffen haben. Anstatt sich für eine sinnvolle und gerechte Lösung einzusetzen, verfallen sie in alten Klassenkampf-Rhetoriken und verhindern so den Fortschritt.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen. Als Unternehmer bin ich mir sicher: Die BVG-Reform ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Yannick Berner,
CEO URMA AG und Aargauer FDP-Grossrat

Bild: kaisin.



BVG-Reform aus Gastro-Sicht

Kaisin.-Mitbegründer Andri Silberschmidt im Interview

Inmitten der laufenden Debatten zur BVG-Reform werfen wir einen Blick auf die Perspektive eines engagierten Unternehmers. Andri Silberschmidt, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident der Kaisin. und Nationalrat für den Kanton Zürich, gibt uns Einblicke, wie die Reform seiner Meinung nach die berufliche Vorsorge verbessern könnte.

Welche Auswirkungen hat ein Ja zur BVG-Reform auf Kaisin.?

Die Mitarbeitende sowie die Kaisin. als Arbeitgeberin würden mehr Beiträge in die berufliche Vorsorge einzahlen und deshalb eine höhere Rente im Pensionsalter haben.

Warum sagst du als Gastro-Unternehmer Ja zur BVG-Reform?

Die berufliche Vorsorge muss mit der Zeit gehen und Menschen mit einem tiefen Einkommen eine

bessere Absicherung ermöglichen. Die Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle stellen genau dies sicher. Dank der Senkung der Beiträge der über 55-Jährigen sinken ihre Lohnnebenkosten, was im Sinne der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu begrüssen ist.

GastroSuisse spricht sich gegen die BVG-Reform aus. Sie begründete ihre Position mit den anfallenden Mehrkosten. Was entgegnest du als Betroffener deinem Verband?

Wenn man einen reinen Kostenblick hat, müsste man das BVG abschaffen, denn dann hätte man gar keine Kosten. Das würde aber zu Altersarmut führen, denn die Armutsstatistik zeigt klar: Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Vorsorge gestärkt wird – das gibt es nicht gratis zu haben.

Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen oder Bedenken bei der Umsetzung der Reform in der Praxis?

Die Formulierung der Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration (alle über 50) ist nicht nach

«Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen.»

unserem Gusto. Es profitieren auch Menschen von einem Rentenzuschlag, welche gar keine Renteneinbussen aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes haben. Das ist unschön und ich verstehe, dass das vor allem in Kreisen von Expertinnen und Experten kritisiert wird. Deshalb aber die ganze Reform abzulehnen, wird die Reformfähigkeit der beruflichen Vorsorge negativ beeinträchtigen.

Wie könnten die geplanten Anpassungen dazu beitragen, das Vertrauen in die berufliche Vorsorge zu stärken?

Dank der Reform erhalten über hunderttausend Personen Zugang in die berufliche Vorsorge. Nicht nur sie zahlen neu Beiträge, sie profitieren auch von den Beiträgen ihrer Arbeitgeber sowie der Verzinsung, welche über das ganze Erwerbsleben einen Drittel mehr Rente ermöglicht. Das ist ein grosser Fortschritt und ermöglicht vielen Menschen, die nicht ihr Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, eine massive Verbesserung ihrer Rente (bis zu dreimal mehr Rente aus der beruflichen Vorsorge!).

Die Umfragen deuten auf ein Nein hin. Was wären die Folgen einer Ablehnung der BVG-Reform?

Wir wären wieder auf Feld 0 und die Linke würde ihrem Ziel zur Schwächung der beruflichen Vorsorge einen Schritt näher sein.

Mehr zu Kaisin. auf: <https://kaisin.ch/>



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



Nationalrat Andri Silberschmidt.

KI-generiertes FDP-Kampagnenbild zur BVG-Reform.



Warum Frauen profitieren

Zwei Anschauungsbeispiele

Die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden: Zum einen stehen die Renten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen unter Druck. Zum anderen können sich viele Erwerbstätige – darunter überwiegend Frauen – kein Alterskapital in der 2. Säule ansparen, da sie Teilzeit arbeiten. Am 22. September 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über einen Reformvorschlag ab, mit dem die Berufsvorsorge zukunfts- und frauentauglicher werden soll.

Luisa und Martina (beide 30-jährig) arbeiten im Inselspital Bern. Luisa ist Reinigungskraft und – da alleinerziehend – in einem 60%-Pensum angestellt. Martina arbeitet in der Pflege, hat keine Kinder und arbeitet 100%.

Wie würde sich die BVG-Reform auf die Renten der beiden Frauen auswirken? Stimmt es, wenn ein Komitee aus Gewerkschaften und Linksparteien behauptet, dass die Vorlage ein «Bschiss» sei, weil Erwerbstätige mehr bezahlen müssten und zum Schluss gar weniger Rente erhielten? Lassen Sie mich Luisa und Martina für die Abstimmung am 22. September 2024 beraten:

Ausgangslage: Unser Vorsorgesystem

Die Schweizer Vorsorge basiert auf drei Säulen: Die 1. Säule (AHV/IV) dient der Existenzsicherung und die 2. Säule soll den gewohnten Lebens-

standard auch im Alter oder bei Invalidität erhalten. Mit der 3. Säule kann durch individuelles Sparen die Altersrente verbessert werden.

Die 1. Säule funktioniert durch ein Umlageverfahren: Die aktuell erwerbstätige Bevölkerung finanziert durch Lohnbeiträge bereits berentete Personen.

Die 2. Säule funktioniert im Kapitaldeckungsverfahren: Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber zahlen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Das so angesparte Kapital wird über Jahrzehnte verzinst. Leistungen der beruflichen Vorsorge erfolgen entweder, indem das angesparte Kapital nach der Pensionierung/bei Invalidität in Form einer Rente ausbezahlt wird. Alternativ ist bei der Pensionierung (und teilweise bei Invalidität) auch ein einmaliger Bezug der Vorsorge in Kapitalform möglich. Verstirbt eine Person vor Erreichen des

Pensionsalters, kann ihr Vorsorgeguthaben («Todesfallkapital») teilweise von Angehörigen bezogen werden.

Berechnung der Rente aus der Berufsvorsorge

Die Rente aus der 2. Säule wird durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit dem Umwandlungssatz berechnet. Für einen versicherten Lohn zwischen 22 050 und 88 200 Franken (sogenanntes «BVG-Obligatorium») gilt derzeit ein Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Die meisten Pensionskassen versichern Löhne über das Obligatorium hinaus. Für Löhne, die dem Überobligatorium unterliegen, gilt kein Mindestumwandlungssatz.

Pensionskassen unter Druck

Wie auch die AHV ist die berufliche Vorsorge derzeit nicht auf die lange Lebensdauer ihrer Versicher-

ten ausgelegt. Es droht, dass – entgegen ihrer Idee – auch in der Säule 2 die gegenwärtig Erwerbstätigen zur Rente der bereits Berenteten beitragen und so ihr eigenes Sparkapital tangiert wird. Zudem haben die Pensionskassen unter anderem wegen des seit langem tiefen Zinsumfelds Mühe, ausreichende Erträge an den Finanzmärkten zu erzielen, um das Sparkapital ihrer Versicherten zu erhöhen.

BVG-Lösung 1. Teil:

Um der Gefahr eines ungerechten und gesetzeswidrigen Verzehr von Sparguthaben über Generationen hinaus zu begegnen, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Der Umwandlungssatz in der obligatorischen Versicherung wird auf 6% gesenkt.
- Im Gegenzug werden die Beitragssätze angepasst: Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Arbeitgeber leisten neu bis zum Alter von 34 höhere Lohnbeiträge als heute (9% bis zum Alter von 45). Für die älteren Erwerbstätigen gelten neu tiefere Beitragssätze (14% bis zum Alter von 65). Dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer tiefere Arbeitgeberbeiträge zahlen müssen, hat zudem den Vorteil, dass ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr länger benachteiligt werden.
- Für eine Übergangsgeneration, die nicht ausreichend Zeit hat, wegen der tieferen Beitragssätze ihr Sparguthaben gleichbleibend wie heute zu erhöhen, wird es einen Rentenzuschlag geben.

Wichtig: Die Renten von bereits Pensionierten sind von der Reform nicht betroffen.

BVG-Lösung 2. Teil oder Warum die Vorlage vor allem für Frauen wichtig ist!

Derzeit ist nur in der 2. Säule obligatorisch versichert, wer einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken verdient («Eintrittsschwelle»). Für die Anhäufung von Sparkapital wird vom versicherten Lohn ein sogenannter Koordinationsabzug in Höhe von 7/8 der maximalen AHV-Jahresrente (derzeit 25 725 Franken) abgezogen.

Wer also wenig verdient, kann keine vernünftige berufliche Vorsorge aufbauen. Das betrifft vor allem Teilzeiterwerbstätige. Noch immer arbeiten vor allem Frauen Teilzeit, vorwiegend deshalb, weil sie Betreuungsaufgaben nachgehen.

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge wird deshalb einerseits die Eintrittsschwelle – wenn auch leider bloss marginal – auf 19 845 Franken gesenkt. Andererseits, und das ist bedeutend relevanter, beträgt der Koordinationsabzug nicht mehr eine fixe Zahl, sondern neu 20% des Jahreslohns.

Für Luisa und Martina hätte die Reform folgende Auswirkungen:

	Luisa (Reinigungskraft) alleinerziehend Pensum 60%	Martina (Pflege) keine Kinder Pensum 100%
Vor Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug	-25 725	-25 725
Versichertes Gehalt	9 275	59 275
PK-Beitrag 7%	650	4 150
Sparkapital bei Pension unverzinst*	46 374	296 375
Altersrente (6,8%)	3 153	20 154
Nach Reform		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug (20%)	-7 000	-17 000
Versichertes Gehalt	28 000	68 000
PK-Beitrag 9%	2 520	6 120
Sparkapital unverzinst*	128 800	312 800
Altersrente (6%)	7 728	18 768

* Sehr vereinfachte Rechnung, Annahmen:
 – Luisa und Martina haben 25-jährig angefangen zu arbeiten
 – Allfällige Lohnerhöhungen sind nicht einberechnet
 – Beitragssätze vor Reform: 7% bis Alter 35, 10% bis 45, 15% bis 55, 18% bis 65
 – Beitragssätze nach Reform: 9% bis Alter 45, 14% bis 65

Abstimmungsempfehlung für Luisa und Martina

Luisa würde durch die Reform eine mehr als doppelt so hohe Rente erhalten und sollte Ja stimmen. Allerdings bleibt ein Problem: Wenn Luisa nebenher für eine Reinigungsfirma arbeitet und dort weniger als die Eintrittsschwelle von 19 845 Franken verdient, ist der Nebenerwerb auch nach der Reform nicht versichert. Mehrfachbeschäftigte können also weiterhin durch die Maschen für das Ansparen einer vernünftigen Altersvorsorge fallen.

Martina erhält auf den ersten Blick trotz höherer Lohnabzüge eine tiefere Rente als vor der Reform. Das Sparkapital im obigen Beispiel ist aber unverzinst gerechnet: Da Martina und das Inselspital früher höhere Sparbeiträge leisten, werden diese auch länger verzinst. Damit wird Martina dank der Reform also mindestens eine gleich hohe Rente erhalten wie heute. Auch Martina kann der Reform also zustimmen.

Abstimmungsempfehlung für alle

Eine Studie zeigt, dass rund 80% der Versicherten dank der Reform mehr Rente erhalten werden, 20% etwas weniger. Vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren. Kürzungen bei Personen mit hohem Einkommen können durch das Überobligatorium abgedeckt werden.

Dank der Reform hätten demnach mehr Erwerbstätige, insbesondere Frauen und Geringverdienende, eine berufliche Vorsorge. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da eine ausreichende Vorsorge die Abhängigkeit von staatlichen (über die Steuern finanzierte!) Ergänzungsleistungen verringert.

Es ist bezeichnend, dass sich Kreise, die sich angeblich sozialer Politik verschrieben haben, gegen die Reform stellen. Verantwortungsbewusste erkennen die Notwendigkeit der Anpassung unserer Vorsorge und stimmen am 22. September 2024 Ja zur sinnvollen BVG-Reform.



Florence Pärli,
Juristin im Steuerrecht, Stadträtin und
Fraktionspräsidentin FDP/jf Stadt Bern,
Kandidatin Gemeinderat Stadt Bern

Ja zur BVG-Reform am 22. September

Statements von FDP-Persönlichkeiten



**Anna Staub, Vorstandsmitglied
Jungfreisinnige Schweiz**

«Momentan sind Personen mit mehreren Teilzeitjobs unzureichend in der beruflichen Vorsorge versichert. Heute gelten die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug für jede Anstellung separat. Hier ist die BVG-Reform entscheidend: Mehrere Löhne werden summiert, was zu einer besseren beruflichen Vorsorge führt. Der versicherte Lohn steigt und die Rente wird deutlich höher ausfallen.»



Eva Biland, FDP Basel-Stadt

«Das heutige Berufsversorgungsgesetz stammt aus der Zeit der Einverdienerhaushalte und ist nicht mehr zeitgemäss. Es entspricht nicht mehr der heutigen Arbeitsrealität, da rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in Teilzeitarbeit beschäftigt ist. Mit der BVG-Reform werden Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Einkommen besser versichert und erhalten endlich auch eine Rente. Ich sage deshalb JA am 22. September zur BVG-Reform.»



Florence Pärli, Stadträtin Bern

«Momentan sind Personen mit geringem Einkommen und ältere Arbeitnehmende im BVG benachteiligt. Dank der Reform werden Personen mit geringem Einkommen auch Zugang zur 2. Säule haben beziehungsweise besser versichert sein, da der Koordinationsabzug flexibilisiert wird und anstatt eines Fixbetrages neu 20% des Lohnes beträgt. Ältere Personen haben dank der Reform bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da ihre BVG-Beiträge und damit die Kosten für die Arbeitgeber gesenkt werden.»

BVG-Revision in Kürze:

In der beruflichen Vorsorge kann man sich beim Bezug entweder für den Kapitalbezug oder für eine lebenslängliche Rente entscheiden. Bei der lebenslänglichen Rente bestimmt der Umwandsatz, wie viel Rente jährlich ausgezahlt wird. Da die Lebenserwartung in der letzten Zeit gestiegen ist, werden die Renten teilweise querfinanziert von den Erwerbstätigen. Deshalb muss der Umwand-

lungssatz gesenkt werden. Von der Senkung sind 85 Prozent der Angestellten nicht betroffen. Nicht betroffen sind Personen, die überobligatorisch versichert sind, und Personen, die sich für den Kapitalbezug entscheiden.

Für die Übergangsgeneration gibt es zudem grosszügige Rentenzuschläge. Die Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge wird zudem gesenkt, das

heisst, mehr Personen mit tiefen Einkommen werden versichert sein. Auch Personen mit mehreren Teilzeitjobs sind nun besser versichert, da ihre Löhne addiert werden. Der Koordinationsabzug wird flexibilisiert, was dazu führt, dass insbesondere mehr Personen mit geringem Einkommen einen höheren Anteil ihres Lohnes sparen. Dadurch steigen ihre Renten.

Bild: Adobe Stock, Oleg Elkov



Der Souverän sind wir

Gemeinsam gegen Überregulierung und Überwachung

Kürzlich ging es im Parlament um die Frage, warum Unternehmerinnen und Unternehmer zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen – aber faktisch keine Chance haben, im Notfall Versicherungsleistungen zu beziehen.

In ihrer Stellungnahme vermittelten Bundesrat und Beamtenschaft – vielleicht ungewollt –, das Bild, das sie von Unternehmerinnen und Unternehmern haben: Bei diesen seien Anreize für eine «zweckfremde (Über-)Inanspruchnahme ausgeprägt». Es bestehe ein «inhärentes Missbrauchsrisiko».

Unter Generalverdacht für Missbrauch. Ich dachte wirklich, ich lese nicht richtig.

Der Staat übergeht völlig die Tatsache, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung stellt. Notabene: Alle Arbeitsplätze ausserhalb der staatlichen. Und die staatlichen gibt es nur, weil die Firmen und ihre Mitarbeitenden die Steuern zahlen, die diese finanzieren.

Es sind gerade die vielen KMU, die vielen grossen und kleinen Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden persönliche Verantwortun-

gung übernehmen – für die Firma, für die Gesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die Haltung des Staates zu Unternehmerinnen und Unternehmern inhaltlich gar nicht so weit von der Juso entfernt ist, die von «steuerkriminellen Familien-Clans» fabuliert.

Vielleicht ist dies die Vorstellung, die beide von der Wirtschaft haben: Sie soll gefälligst zahlen, Löhne und Steuern und Investitionen ermöglichen. Und weil sie die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht für Missbrauch stellen – darf der hehre Staat alles regulieren und überwachen.

Das ist sehr weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaftenden Gesellschaft freier Menschen. Es zeugt aber von einem Bild, das immer mehr um sich greift: Der Staat als grosser Bruder, der alles denkt und lenkt.

Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.

«Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.»



Kris Vietze, Nationalrätin TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Präsidentin IHK Thurgau

Biodiversität ohne Wirtschaftsschäden

Gezielter Schutz statt pauschaler Massnahmen

Die Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe einzuschränken, um die Biodiversität zu stärken. Obwohl diese Ziele lobenswert sind, ist die Vorlage zu extrem und ihre Auswirkungen werden einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Um die Biodiversität in der Schweiz zu schützen, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche die Qualität anstatt der Quantität der Biodiversität stärken. Eine Begrenzung der Flächen-nutzung, wie von den Initianten gefordert, ist keine Garantie dafür, dass der Schutz der Biodiversität verstärkt wird. Zudem funktioniert der bisherige Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Als Beispiel können wir den Luchs nehmen, der dank unserer Wiederansiedlungsbemühungen wieder in unseren Bergen heimisch geworden ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt der Biodiversität durch gezielte und angepasste Massnahmen erreicht werden kann. Der Schutz der Biodiversität muss Hand in Hand mit unserer Wirtschaft gehen und nicht gegen sie.

Zusätzlich würde die Biodiversitätsinitiative viele Bereiche unserer Wirtschaft gefährden, darunter auch den Tourismus. Denn viele Tourismusorte, die sich in den Schutzgebieten befinden, könnten nicht mehr in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren – das gilt beispiels-

weise für Skigebiete in den Bergen. Die Schweiz darf nicht zu einem Ballenberger Freilichtmuseum werden.

Wir müssen Tiere und Pflanzen schützen, nicht nur Äcker und Brachen – deshalb: Nein zur Biodiversitätsinitiative am 22. September!



Maxime Reynaud,
Verantwortlicher für die lateinischen Kantone

FDP
Die Liberalen

**Schützen wir Tiere und Pflanzen,
nicht Äcker und Brachen!**

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI generiert.

KOLUMNE

Angriff auf den Schweizer Wohlstand

Die Enteignungsinitiative der Juso ist brandgefährlich! Der wirtschaftliche Erfolg unserer Schweiz baut auf kleineren wie auch grösseren, mittelständischen Familienunternehmen. Von mehreren Generationen aufgebaute Unternehmen halten die Schweizer Wirtschaft am Laufen, tragen massgeblich zur international tiefen Arbeitslosenquote bei und verhelfen dem Mittelstand dank guten Einkommen zu individuellem Wohlstand. Entscheidend für den Erfolg dieser Unternehmen ist, Gewinne in die Weiterentwicklung reinvestieren zu können; sei dies in Betriebsliegenschaften, Maschinen, Technologien, Innovationen oder Menschen. Geht es nach der Juso, soll dieser Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs schonungslos zerschlagen werden.

Mit der Einreichung ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert die Juso eine Erbschaftsteuer von 50 Prozent ab 50 Mio. Franken. Dieser Schwellenwert ist nicht nur bei grossen Unternehmen schnell erreicht; auch im mittelständischen Umfeld sind Bewertungen von Unternehmen und deren Ak-

tionen über diesem Betrag keine Seltenheit. Ausnahmegestimmungen oder Erleichterungen sehen die Jungsozialisten keine vor. Im Gegenteil: Der Initiativtext sieht sogar eine Rückwirkungsklausel vor.

Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat rückwirkend auf den Abstimmungstag Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» in Kraft zu setzen. Deshalb hat die Enteignungsinitiative schon heute und unabhängig des Ausgangs der Abstimmung eine gefährliche Vorwirkung. Potenziell Betroffene planen bereits jetzt ihren Wegzug und Zuzugswillige werden von der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschreckt. Selbstredend ist dies schädlich für unsere Volkswirtschaft, unsere Arbeitsplätze und letztlich für unseren individuellen Wohlstand. Gegen diesen Angriff müssen wir uns wehren!

Bumerang für den Mittelstand

Wenn man bedenkt, dass ein Prozent (!) der steuerpflichtigen Personen gut einen Viertel der Einkommenssteuern bezahlen, wird die Juso-Enteignungsinitiative zum Bumerang für Personen aus dem

Mittelstand. Sie werden die Schweiz nicht einfach verlassen können und müssen deshalb unter einer immer weiter steigenden Steuerlast leiden. Zudem erkennt die Juso, dass langfristig wiederkehrende Gewinn- und Vermögenssteuern ertragsreicher sind als eine einmalige Erbschaftsteuer.

Damit die Juso mit ihrem erneuten Angriff auf unseren Wohlstand wie bereits 2015 mit der Erbschaftsteuerinitiative (71 Prozent Nein) und 2021 mit der 99%-Initiative (65 Prozent Nein) hochkant scheitert, müssen wir jetzt aktiv werden.

Tragen Sie sich jetzt ins Komitee ein und engagieren Sie sich mit uns gegen die Enteignungsinitiative. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative



Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP. Die Liberalen Schweiz

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine nationale Erbschaftsteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Leidtragende wären traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft und überlässt den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: **NEIN** zur zerstörerischen Juso-Initiative!

Radikale Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen!



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir zwei Drittel der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

